

Antrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi (Kenia)

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. zur Leiterin der Regierungsdelegation eine Frau zu bestimmen;
2. in die Regierungsdelegation Vertreterinnen
 - a) der autonomen Frauenbewegung,
 - b) der wissenschaftlichen Frauenforschungals Beraterinnen aufzunehmen;
3. Vertreterinnen der autonomen Frauenbewegung die Teilnahme an der Weltfrauenkonferenz und dem Forum der nichtstaatlichen Organisationen zu ermöglichen, und die Teilnahme dieser Vertreterinnen durch die Bereitstellung von entsprechenden Mitteln sicherzustellen;
4. dem Deutschen Bundestag vor der Weltfrauenkonferenz im Juli 1985 über die Verwirklichung der Beschlüsse der Weltfrauenkonferenz 1975 in Mexiko und 1980 in Kopenhagen so rechtzeitig Bericht zu erstatten, daß im Deutschen Bundestag eine Debatte über die Lage der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Weltfrauenkonferenz 1975 in Mexiko und 1980 in Kopenhagen noch vor Beginn der Weltfrauenkonferenz im Juli 1985 in Nairobi anberaunt werden kann;
5. die Arbeit der autonomen Frauenbewegung, in der Dekade 1975 bis 1985, in der von ihr geplanten Broschüre anlässlich der Weltfrauenkonferenz 1985 öffentlich-wirksam darzustellen. An der Ausarbeitung sind Vertreterinnen der autonomen Frauenbewegung zu beteiligen;
6. die Themen der Weltfrauenkonferenz 1985 öffentlich bekanntzumachen und in geeigneten Formen unter Einschluß der nichtstaatlichen und der autonomen Frauenbewegung öffentlich zu diskutieren;
7. endlich der Forderung des Weltaktionsplanes von 1975 nachzukommen und ein Frauenbüro auf Regierungsebene einzu-

richten, das mit angemessener Personal- und Finanzausstattung sowie mit eigenen Untersuchungs- und Weisungskompetenzen ausgestattet ist. Die Unabhängigkeit des Frauenbüros ist rechtlich dabei sicherzustellen.

Bonn, den 29. Januar 1985

Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Vom 15. bis 26. Juli 1985 wird die Weltfrauenkonferenz zur Überprüfung und Bewertung der Errungenschaften des Frauenjahrzehnts der Vereinten Nationen „Gleichheit, Entwicklung und Frieden“ in Nairobi stattfinden. Die Vorkonferenz der nichtstaatlichen Organisationen, das Forum 85 wird etwa zeitgleich vom 8. bis 17. Juli 1985 in Nairobi tagen. Trotz Protesten aus Gewerkschaften und Frauenverbänden liegt bislang lediglich eine Stellungnahme des Inhaltes vor, daß die Regierungsdelegation durch den zuständigen Minister angeführt werde. Angesichts des Themas der Weltfrauenkonferenz und der Tatsache, daß Frauen betroffen sind, ist es geboten, eine Leiterin der Regierungsdelegation zu bestimmen.

Die Bundesregierung hat es bislang versäumt, dem Deutschen Bundestag über die Umsetzung der Weltaktionspläne der Weltfrauenkonferenz 1975 und der Weltfrauenkonferenz 1980 Bericht zu erstatten. Diese Berichterstattung und eine Debatte über die Lage der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland ist überfällig.

Die autonome Frauenbewegung hat in der vergangenen Dekade der Frau die Diskriminierung von Frauen und die Gewaltanwendung gegen Frauen öffentlich gemacht. Die autonome Frauenbewegung hat Einrichtungen wie Frauenhäuser, die mißhandelten Frauen Schutz bieten, eröffnet und andere Selbsthilfeeinrichtungen für Frauen ins Leben gerufen. Die autonome Frauenbewegung stellt eine entscheidende gesellschaftliche Kraft dar, wenn es um die Abschaffung von Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen geht. Der autonomen Frauenbewegung ist daher ein Beraterinnenstatus in der Regierungsdelegation zu sichern. Gleichzeitig ist sicherzustellen, daß sich Vertreterinnen der autonomen Frauenbewegung an dem Forum 85 in Nairobi beteiligen können. Die Arbeit der autonomen Frauenbewegung ist in der von der Bundesregierung geplanten Broschüre angemessen darzustellen.

Die Tatsache, daß in der Öffentlichkeit bis heute die Themen der Weltfrauenkonferenz 1985 nicht bekannt sind, erfordert eine öffentlich-wirksame Darstellung und Diskussion dieser Themen.

Schon der Weltaktionsplan 1975 hat die Regierungen aufgefordert, nationale Kommissionen oder Frauenbüros zu schaffen, die eine eigene Personal- und Finanzausstattung besitzen. Im Weltaktionsplan 1975 heißt es hierzu:

„Derartige Gremien sollten die Situation der Frau auf allen Gebieten und allen Ebenen untersuchen und Empfehlungen zu als notwendig erkannten Gesetzesmaßnahmen und Programmen geben.“

Die Bundesregierung ist aufgefordert, diese Auflage endlich in innerstaatliches Recht umzusetzen.

